

Missbrauch befürchtet

Landtag erhöht Maximalbeitrag für häusliche Pflege – FBP warnt vor Kostenimport

VADUZ – Die Erhöhung des Pflegegeldes sorgte für viel Diskussionsstoff: Die FBP-Abgeordneten fürchteten Missbrauch und überbordende Kosten, der VU-Block hatte dafür kein Gehör und drückte die Gesetzesvorlage durch.

• **Stefan Lenherr**

Pflegebedürftige Personen erhalten aufgrund des neuen Gesetzes künftig mehr Geld für die Betreuung und Pflege in den eigenen vier Wänden. Der Maximalbetrag – der von der Schwere der Beeinträchtigung abhängt – wurde von 100 auf 180 Franken erhöht. Eine gute Sache, waren sich die 25 Landtagsabgeordneten einig. Wird damit doch gewährleistet, dass pflegebe-

dürftige Personen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden betreut werden können. Doch der Teufel steckt im Detail, befand die FBP-Fraktion. So lasse die Gesetzesvorlage Raum für Missbrauch. Überbordende Kosten zuzulasten der Steuerzahler könnten die Folge sein, «können wir uns das in der jetzigen wirtschaftlichen Situation leisten?», fragte die Abgeordnete Doris Frommelt.

Import von Kosten befürchtet

Aufgrund diverser Unklarheiten wurde das erstmals am Mittwoch behandelte Traktandum auf gestern Freitag verschoben, um der zuständigen Regierungsrätin Renate Müssner und ihren Ressortmitarbeitern Zeit für Abklärungen

zu gewähren. Doch auch bei der zweiten Lesung an der gestrigen Sitzung waren die Zweifel nicht ausgeräumt. Der Streitpunkt Nummer 1: Laut dem verabschiedeten Gesetz können in Liechtenstein wohnhafte Ausländer pflegebedürftige Angehörige nachziehen und hier dank dem Betreuungs- und Pflegegeld für die häusliche Betreuung ein hohes Einkommen generieren. «Das könnte – überspitzt gesagt – ein lukratives Geschäft werden», sagte Frommelt. Vor einem Import von Kosten warnte FBP-Abgeordneter Wendelin Lampert.

FBP-Antrag abgelehnt

Der Antrag der Fortschrittlichen Bürgerpartei, den Gesetzestext so

abzuändern, damit die finanzielle Unterstützung nur denen zugute kommt, welche Beiträge an die Kasse der AHV geleistet haben, jedoch Kinder und Jugendliche von dieser Klausel auszuschliessen, fand bei den Unions-Vertretern kein Gehör. Dies, obwohl Regierungsrätin Renate Müssner die Zweifel an der Effizienz der Kontrollorgane nicht gänzlich ausräumen konnte. Nur ein VU-Abgeordneter schlug sich auf die Seite der FBP-Fraktion. «Ich bin gespannt, was die künftigen Generationen dazu sagen, was wir heute beschlossen haben», sagte Wendelin Lampert, «sie werden mit allfälligen negativen Konsequenzen konfrontiert werden, ihnen wird das Geld fehlen.»

Seite 5